



BURMA REPORT

November 2010

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 90

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.



Rhetorik allein genügt nicht: Regierungen müssen jetzt handeln und einen Untersuchungsausschuss für Burma unterstützen

Assistance Association for Political Prisoners (Burma)
20. Oktober 2010 e.mail: info@aappb.org

Maesot, Thailand: Die Assistance Association for Political Prisoners - Burma (Hilfsorganisation für politische Gefangene - Burma) begrüsst aufs wärmste den Bericht von Tomas Quintana, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, über die Situation in Burma und bittet die Internationale Gemeinschaft dringend, jetzt zu handeln, um sicherzustellen, dass die Empfehlungen auch Wirklichkeit werden. Der Bericht zeigt die zunehmende Unterdrückung auf, der sich die Bevölkerung Burmas vor den Wahlen gegenüber sieht und fordert die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge und Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit durch eine Untersuchungskommission.

Der Bericht des Sonderberichterstatters für die UNO-Vollversammlung besagt, dass die Rahmenbedingungen für die Wahl und deren Durchführung durch die Behörden weiterhin das Recht auf fundamentale Freiheiten wie Redefreiheit, Versammlungsfreiheit oder Vereinsfreiheit verbieten. Die Dokumentation des AAPP über die Festnahme von 11 Studenten im September wegen einer Kampagne zur Wahlverweigerung unterstützt diese Untersuchungsergebnisse.

AAPP schätzt die wiederholte Aufforderung des Sonderberichterstatters an das Militärregime, alle politischen Häftlinge zu entlassen. Bedauerlicherweise sind seine Bemühungen ohne Ergebnis geblieben, und mindestens 2.193 politische Gefangene befinden sich weiterhin in Haft, nur weil sie von ihren zivilen und politischen Grundrechten

Gebrauch gemacht haben. Der Staatliche Friedens- und Entwicklungsrat (State Peace and Development Council - SPDC) hat wiederholt die Existenz von politischen Gefangenen geleugnet und weist Vorwürfe über Folter und Misshandlungen in burmesischen Haftanstalten zurück.

Der Sonderberichterstatter führt aus: "Einige haben bereits die meiste Zeit der vergangenen zwei Jahrzehnte in Haft verbracht ... weil sie sich für einen Übergang zur Demokratie in Myanmar eingesetzt haben, wie zum Beispiel die Führer der Studentengruppe der 88er Generation, die zur Zeit eine Haftstrafe von 65 Jahren absitzen. Er erinnert daran, dass er "einige dieser Männer und Frauen - Studentenführer, Mönche, Führer politischer Parteien und Chefs ethnischer Minderheiten - während seiner Gefängnisbesuche... gesprochen habe. Diese Menschen haben eine legitime Rolle in dieser historischen Wahl zu spielen. Die sofortige bedingungslose Freilassung aller Gefangenen ist, um den Wahlen Glaubwürdigkeit zu verleihen, unerlässlich".

Quintanas Bericht legt die Verantwortung für das Schicksal des burmesischen Volkes in die Hand der Internationalen Gemeinschaft. Die Internationale Gemeinschaft muss bereitstehen, die Bevölkerung Myanmars in diesem Schritt zu unterstützen und ihr dabei zu helfen".

Dieser Bericht geht weiter als sein wegweisender Bericht von März 2010 an den Menschenrechtsrat, indem ausgeführt wird: "Sollte die Regierung die Verantwortung nicht übernehmen, dann fällt diese Verantwortung der Internationalen Gemeinschaft zu... Dabei ist Artikel 445 der Verfassung von 2008 von besonderer Bedeutung, der die Regierung daran hindern kann, wirksam Recht und Verantwortlichkeit in der Zukunft auszuüben. Da die Möglichkeit einer Straffreiheit in die Verfassung aufgenommen wurde, können die Vereinten Nationen einen Untersuchungsausschuss für Verstöße gegen die Menschlichkeit durch Resolutionen des Menschenrechtsrates, die

Generalversammlung oder den Sicherheitsrat einsetzen, oder aber der Generalsekretär könnte einen solchen durch seine eigene Initiative berufen".

Er fügt hinzu: "Recht und Verantwortlichkeit sind der ureigenste Grund des Systems der Vereinten Nationen, sie sind verankert in der Universellen Erklärung der Menschenrechte, die eine internationale Ordnung fordern, in der die Rechte und Freiheiten, die in dieser Deklaration festgehalten sind, voll und ganz verwirklicht werden können. Sollte versäumt werden, Verantwortlichkeit in Myanmar einzufordern, dann wird dies die Straftäter internationaler Vergehen ermutigen und eine längst überfällige Rechtsprechung weiter hinauszögern.

AAPP fordert die ASEAN, die Europäische Union und andere Staaten dazu auf, sich hinter das burmesische Volk zu stellen und sich für die Unterstützung der Forderung eines Ausschusses zur Untersuchung von Verstößen gegen die Menschlichkeit zu verbürgen, wie ihn der UN-Sonderberichterstatter fordert.

"Die Internationale Gemeinschaft ist sich seit langem des systematischen Charakters der Verstöße gegen die Menschlichkeit, wie sie in Burma begangen werden, bewusst, und es ist an der Zeit, sie zu untersuchen; die Menschen in Burma sterben, Rhetorik allein genügt nicht," sagte Bo Kyi, zweiter Sekretär des AAPP.

"Eine wachsende Zahl von Ländern wie die Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien und Australien haben öffentlich den Ruf der Aktivisten innerhalb Burmas und weltweit in der Forderung eines UNO-Untersuchungsausschusses unterstützt. Es bleibt zu hoffen, dass dieser neuerliche Bericht die anderen Mitgliedsstaaten der UN dazu veranlassen wird, sich ihnen anzuschliessen".

Es besteht kein Zweifel, dass die burmesische Militärjunta weltweit zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern gehört. Folter, willkürliche Festnahmen und Verhaftungen, außer...

... gerichtliche Hinrichtungen, sexuelle Gewalt, Zwangsarbeit und die Rekrutierung von Kindersoldaten sind weitverbreitet, sie erfolgen systematisch und werden von Vertretern des Regimes und dessen Anhängern begangen.

"AAPP dokumentiert seit Jahren Menschenrechtsverstöße in Burma und hat überzeugende Beweise dafür, dass Folter von politischen Häftlingen weitverbreitet ist und systematisch eingesetzt wird, und wir sind bereit, bei einer Untersuchung, wenn immer nötig, zu helfen. Während das vergangene Jahrzehnt die Stärkung legaler Massnahmen gesehen hat, mit denen diejenigen, die gegen die Menschenrechte verstossen, zur Rechenschaft gezogen werden, herrschen in Burma nach fast 50 Jahren Militärregierung Straflosigkeit und eine verbreitete Kultur der Angst vor," sagte Bo Kyi.

Als Antwort auf die Frage des Sonderberichterstatters stellte der SPDC fest: " Bezüglich der Anschuldigung von Verstößen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, gibt es diese Verbrechen in Myanmar nicht".

"Solange das Militärregime angesichts solcher abscheulichen und erschütternden Menschenrechtsverstöße fortfährt, diese zu leugnen, solange müssen wir sicherstellen, dass diese Vergehen durch unabhängige Kanäle angemessen angegangen werden. Die Gründung eines Untersuchungsausschusses ist ein erster Schritt, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Straftäter vor Gericht zu bringen", sagte Bo Kyi.

The Irrawaddy, Newsletter for Thursday, October 7, 2010, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy -

http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19658

Ban: Lasst vor der Wahl die politischen Häftlinge frei

LALIT K. HLA

Washington: Am Mittwoch forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die burmesische Militärjunta auf, eine "glaubwürdige und für alle zugängliche" Wahl abzuhalten und alle politischen Häftlinge vor der Wahl, die für den 7. November geplant ist, freizulassen.

"Dies wird die erste Wahl sein, die jemals innerhalb der letzten 20 Jahre stattfindet", sagte Ban. "Ich habe öffentlich gefordert und darauf hingewiesen, dass diese Wahl so transparent, für alle zugänglich und auf glaubhafte Weise stattfinden muss und dass alle politischen Häftlinge vor der Wahl freigelassen werden müssen".

"Ich habe Myanmar (Burma) eine starke Botschaft übermittelt; und das werde ich auch weiterhin tun," sagte Ban zu Reportern des UN-Hauptquartiers in New York.

"Am Rande der Konferenz der UN-Generalversammlung hatte ich sehr eingehende Besprechungen mit den Vertretern der betroffenen Länder. Ich hatte Konferenzen mit 10 Aussenministern der ASEAN," sagte Ban. Er traf sich auch mit dem thailändischen Premierminister zum Thema Burma.

"Im Austausch mit den ASEAN und weiteren Schlüsselmitgliedsstaaten hatte eine inklusive und transparente Wahl höchste Priorität," war die Antwort Bans auf eine an ihn gestellte Frage.

Der Sprecher des US-Aussenministeriums sagte, dass es bisher keine Anzeichen dafür gibt, dass die Wahl frei und fair ablaufen wird. Die US sind der Ansicht, dass es der Wahl für die internationale Welt an Glaubwürdigkeit fehlt.

In Genf forderte die mexikanische Sen., Rosario Green, Präsidentin des parlamentarischen Ausschusses für Menschenrechte der Interparlamentarischen Union (IPU), das burmesische Regime auf, umgehend 12 inhaftierte Gesetzgeber vor der Wahl im November freizulassen.

In ihrem Bericht an den Rat der IPU sagte Green, dass in einem Monat die burmesischen Bürger zur ersten Wahl innerhalb von 20 Jahren gehen werden. "Dies sollte Grund zur Freude sein, aber das ist nicht der Fall", sagte sie.

"Die IPU rief in Bangkok die Obrigkeit Myanmars dazu auf, alles nur Erdenkliche zu tun, damit inklusive, freie und faire Wahlen stattfinden können. Zur Zeit warten 2.100 politische Gefangene immer noch auf ihre Entlassung. Hierzu gehören 12 Parlamentarier, deren Fälle von der IPU untersucht werden und die sich deshalb in Haft befinden, weil sie von der freien Meinungsäusserung Gebrauch gemacht haben",

sagte Green.

"Sie wurden auf der Grundlage legaler Verfahren verurteilt, bei denen offenkundig ihr Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung missachtet wurde. Sie sind jedoch nicht die einzigen, die vom politischen Prozess ausgeschlossen wurden", sagte sie.

Green sagte, dass das Komitee in der Vergangenheit viele weitere Fälle von burmesischen Parlamentariern untersucht hat, die im Gefängnis endeten, weil sie ihre Meinung frei heraus gesagt hätten.

"Keiner von ihnen kann in der Wahl kandidieren, da alle diejenigen automatisch disqualifiziert sind, die einer Verurteilung unterliegen," sagte Green.

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>, NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo

AFP, Mittwoch, den 6. Oktober 2010 -

http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALedM5ihw6WvwsLaiqV_1hsM5wPMiPlpsg?docId=CNG.6f90940f6d9bb44d73f1c586d3a44fbb.8111

Weltparlamente fordern die Freilassung inhaftierter Parlamentsmitglieder in Myanmar

Genf (AFP): Am Mittwoch forderte die Welt-Assoziation der Parlamentarier Myanmar auf, umgehend 12 Gesetzgeber vor der Wahl im nächsten Monat aus dem Gefängnis zu entlassen.

In einer Resolution fordert das Menschenrechtskomitee der Interparlamentarischen Union (IPU) die Militärjunta in Myanmar auf, "umgehend und bedingungslos ihre Haft zu beenden".

"Zwölf Parlamentarier befinden sich einzig und allein deshalb im Gefängnis, weil sie von dem Recht der freien Meinungsäusserung Gebrauch gemacht haben", wird darin ausgeführt.

Das Komitee äusserte "ernsthafte Zweifel darüber, dass es der Junta daran liegt, dass diese historische Wahl den Willen des Volkes von Myanmar ernsthaft" widerspiegelt.

Die mexikanische Senatorin ... ↗

... Rosario Green, Leiterin des Komitees unterstrich, dass dies nur 12 der 2.100 politischen Gefangenen im Lande seien.

"Sie wurden auf der Grundlage legaler Verfahren verurteilt, in denen offensichtlich ihr Recht auf einen fairen Prozess missachtet wurde", sagte sie.

Green sagte, dass die Überwachungsorganisation des IPU in der Vergangenheit "viele" weitere Fälle von Parlamentariern in Myanmar untersucht habe, "die immer wieder im Gefängnis endeten, weil sie ihre Meinung frei geäußert haben".

"Keiner von ihnen kann in der Wahl kandidieren, da alle, die einer Verurteilung unterliegen, automatisch disqualifiziert sind", fügte sie hinzu.

Am Dienstag schlossen sich die europäischen und asiatischen Chefs während des EU-Asien-Gipfels in Brüssel zusammen und forderten die Junta Myanmars auf, alle politischen Gefangenen freizulassen und dafür zu sorgen, dass die Wahlen am 7. November frei und fair verlaufen werden.

Kritiker verwerfen die Wahl als Schwindel, da die Führerin der Opposition, Aung San Suu Kyi, die sich in Hausarrest befindet, wie auch ihre Partei, die National League of Democracy (NLD), von der Teilnahme ausgeschlossen sind.

Die Junta gab vergangene Woche bekannt, dass Suu Kyi, eine Nobelpreisträgerin, nach der ersten Wahl innerhalb von 2 Jahrzehnten freigelassen würde.

Die IPU ist eine Assoziation von 155 Parlamentariern aus der ganzen Welt.

Green sagte, dass das Menschenrechtskomitee 305 Fälle von Parlamentariern aus 35 Ländern, untersucht hätte, besonders deren Verschwinden in Eritrea und Rwanda.

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com>. Wed, 20. Oct 2010

Bangkok Post, den 20.10.2010, Online NEWS.

Asia <<http://www.bangkokpost.com/news/asia/202291/un-chief-to-visit-china-and-attend-asean-summit>>

UNO-Chef wird Thailand besuchen

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon wird Thailand besuchen und während seiner Reise durch vier asiatische Nationen, die nächste Woche beginnt, am Gipfel der ASEAN teilnehmen. Hierbei

könnten die Wahl in Burma sowie die Menschenrechte die wichtigsten Themen sein.

Vor dem Gipfel wird Ban Thailand, Kambodscha und Vietnam aufsuchen und mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Beijing Gespräche führen, berichtete UNO-Sprecher Farhan Haq während einer Pressekonferenz.

Der Chef der UNO wird sich mit Premierminister Abhisit Vejjajiva und weiteren Vertretern der thailändischen Regierung während eines kurzen Aufenthaltes am 26. Oktober in Bangkok unterhalten, bevor er am selben Tag nach Kambodscha weiterreist.

In Phnom Penh wird er sich mit König Norodom Sihamoni sowie Premierminister Hun Sen treffen. Ban wird ebenfalls die Ausserordentlichen Kammern des kambodschanischen Gerichts (ECCC) aufsuchen, ein von der UNO unterstütztes Tribunal, das sich mit den Massenmorden und anderen Verbrechen, die unter der Khmer Rouge vor drei Jahrzehnten begangen wurden, befasst.

Am 28. Oktober wird die Reise Ban nach Vietnam führen, um am Gipfel der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und der UNO teilzunehmen und, wie Beamte mitteilten, sich mit Präsident Nguyen Minh Triet und Premierminister Nguyen Tan Dung treffen.

Der Chef der UNO hat die ASEAN gemahnt, mehr Druck auf Burma auszuüben, Aung San Suu Kyi und weitere Persönlichkeiten der Opposition vor den vielkritisierten Wahlen am 7. November freizulassen. Ban wird dann am 30. Oktober den wichtigsten Abschnitt seiner Reise nach Shanghai beginnen.

Er wird vor einem kurzen Besuch in Nanjing an der Beendigung der World Expo in Shanghai dabei sein und dann nach Beijing zu Gesprächen mit dem chinesischen Präsidenten und anderen Führern weiterreisen.

Der Besuch erfolgt während einer empörten Kampagne wegen der Erteilung des Friedensnobelpreises an den inhaftierten Dissidenten Liu Xiaobo.

Ban hat China nicht kritisiert, jedoch darauf hingewiesen, dass die Erteilung des Nobelpreises die "wachsende Zustimmung zur Verbesserung der Menschenrechtspraxis und Kultur in der ganzen Welt" beweist.

Dies wird der vierte Besuch Bans in China sein, seit er 2007 das Amt des Generalsekretärs der UNO übernahm. Er war bereits im Juli 2009 und zweimal in 2008 dort.

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com> : [NLDmembersSupportersofCRPPnNLnDnDASSK] News & Articles on Burma, 03. Oct 2010

Khaleej Times -

<http://www.khaleejtimes.com/displayarticle.asp?xfile=data/opinion/2010/October/opinion_October12.xml§ion=opinion&col=>

Eine Wahl, die keine Unterstützung verdient -

Win Tin 3. Oktober 2010 -

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, sagte kürzlich, dass "die Welt äusserste Wachsamkeit üben muss", um sicherzustellen, dass die herannahenden Wahlen in Myanmar (Burma) frei und fair sind.

Diese Art von Kommentaren enttäuschen uns, da sie die Wahl dahingehend fokussieren, dass sie für unser Land so wichtig ist, dass darauf gewartet und sie beobachtet werden muss, obwohl die Wahl keine Lösung für Burma bedeutet.

Die Wahlen, die für den 7. November geplant sind, sind dazu bestimmt, der Militärregierung aufgrund der Verfassung von 2008, die geschrieben wurde, um eine permanente Militärdiktatur in unserm Land zu errichten, die Legitimation zu geben.

Nach der Wahl wird die Verfassung in Kraft treten, eine sogenannte zivile Regierung von aktiven oder sich im Ruhestand befindlichen Generälen gebildet, die alle dem Oberkommandierenden des Militärs unterliegen, und die die Burmesen zu legalen Staatsbürgern einer Militärregierung macht.

Unsere Partei, die National League for Democracy und unsere ethnischen Verbündeten haben die Verfassung des Regimes abgelehnt und sich entschlossen, die Wahlen zu boykottieren. Die Verfassung der Militärregierung wie auch strenge einschränkende Wahlgesetze zeigen uns allen die wahre Absicht des Regimes für diese Wahl - die Legalisierung und Legitimation einer Militärregierung in unserem Land.

Wir wehren uns dagegen, unsere Hoffnung auf eine Demokratie in Burma aufzugeben und dem Regime ...

... die Rechtmässigkeit, die es durch diese Wahl erreichen will, zuzugestehen. Da Millionen von Menschen in Burma unsere Haltung unterstützen, haben wir gehofft, dass die Internationale Gemeinschaft die Absichten des Regimes so klar versteht, wie wir es tun und Druck auf das Regime ausübt, diesen einseitigen und undemokratischen Prozess einzustellen.

Bis vor kurzem haben die Vereinten Nationen gefordert, dass sich das Regime für einen alle Parteien inklusiven, mitbestimmenden, freien und fairen Prozess durch Dialog mit der demokratischen Opposition und den Vertretern der ethnischen Minderheiten verpflichtet. Aber jetzt wurde ein wichtiger Satz, nämlich "einschliesslich aller Parteien" - überraschenderweise - in ihren Erklärungen und Reden ausgelassen. Obgleich Ms. Pillay die Welt auffordert, "äusserste Wachsamkeit" zu üben, ist es nicht nötig, bis zum Tag der Wahl damit zu warten, um zu einem Urteil gelangen zu können.

Das Wahlkomitee wurde vom Regime ernannt und mit Loyalisten besetzt, die einseitig beschlossen, dass viele Kandidaten unwählbar sind. Die Wahlgesetze und Statuten legen den politischen Parteien strenge Einschränkungen auf. Tausenden von politischen Gefangenen - unter ihnen unsere Führerin Daw Aung San Suu Kyi - ist es nicht erlaubt, sich an der Wahl zu beteiligen oder Mitglied von Parteien zu sein.

Der Premierminister des Regimes wie auch Kabinettsminister, sind zu ziviler Kleidung übergegangen, haben ihre Massenorganisation in ihre politische Partei umgewandelt und führen ihre Wahlkampagne mit Hilfe von Staatseigentum, Ressourcen, Fonds und Drohungen. Der Wahlausschuss verstösst zugunsten der Partei des Premierministers und anderer bevollmächtigter Parteien des Regimes schamlos gegen die eigenen Regeln.

Ist es wirklich notwendig für die Internationale Gemeinschaft, bis zum Wahltag zu warten, um feststellen zu können, ob die Wahlen frei und fair sind?

Bedauerlicherweise beobachten einige europäische Länder nicht nur nicht die Wahlen, sondern unterstützen sie noch. Sie diskutierten mit uns ihre Meinung, dass die Wahl die einzige Möglichkeit sei und schlugen vor, dass sich die National League for Democracy daran beteiligt.

Als wir ihnen unsere Gründe erklärten, warum wir die Militärherrschaft nicht legitimieren wollen, wendeten sie sich anderen zu, um ihnen zu helfen, sich in das Wahlspiel des Regimes einzubringen. Sie sind so weit gegangen, dass sie Akademikern, die für das Regime sind, wie auch Opportunisten die Möglichkeit einräumen, nach Europa zu reisen, um die Wahl des Regimes zu fördern und die Unterstützung für ihre bevorzugte Partei zu erhalten.

Obwohl einige demokratische Parteien europäische Unterstützung bekommen, sind ihre Chancen, Sitze in den Wahlen zu gewinnen, sehr gering, da sich jeden Tag mehr Einschränkungen für ihre Aktivitäten in der Wahlkampagne zeigen.

Das Regime ist entschlossen, die meisten der umstrittenen Sitze in nationalen wie in den regionalen Parlamenten zu erlangen, sei es durch Betrug oder durch Drohungen.

Da 25% der Sitze bereits für das Militär reserviert sind, wird es immer offensichtlicher, dass fast alle Sitze vom Militär und dessen Kumpane kontrolliert werden. Selbst wenn einige glückliche Kandidaten gewählt werden sollten, werden sie keine Durchsetzungsmöglichkeit haben, um einen Wandel herbeizuführen. Das Parlament hat nicht die Macht, eine Regierung zu bilden, keine Macht, in Militärangelegenheiten Gesetze zu erlassen und kein Recht, um Personen, die vom Präsidenten berufen werden oder ein Budget abzulehnen.

Man kann sich fragen, was kann die Lösung sein, wenn es die Wahl nicht ist? Es ist der Dialog, den wir seit vielen Jahren einfordern. Einen sinnvollen politischen Dialog zwischen dem Militär, der National League for Democracy unter der Führung von Ms. Aung San Suu Kyi und den ethnischen Vertretern ist der einzige Weg, um die Probleme in Burma friedlich zu lösen.

Das Militär hegt nicht den Wunsch, Gespräche zu führen. Aber wenn die Internationale Gemeinschaft ernsthaft einen starken und wirksamen Druck auf das Regime ausübt, dann wird die Kombination des Drucks von aussen und dem friedlichen Widerstand vom Innern des Landes das Regime dazu zwingen, an den Verhandlungstisch zu kommen.

Ich wünschte, unsere europäischen Freunde würden ihren Traum, Unmögliches von den Wahlen zu erwarten, aufgeben und mit dem Ziel, einen Dia-

log zu beginnen, ernsthafte Aktionen gegen das Regime unternehmen. Sie sollten damit beginnen, einen UNO-Untersuchungsausschuss ins Leben zu rufen und die Menschenrechtsverstösse in Burma zu untersuchen.

Win Tin ist Mitbegründer der National League for Democracy Partei und Vorstandsmitglied. Er war von 1989 bis 2008 in politischer Gefangenschaft.

The Irrawaddy Newsletter, October 1, 2010, <news@irrawaddy.org>, <www.irrawaddy.org>

The Irrawaddy, 1. Oktober 2010 - <http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19605>

Suu Kyi könnte nach der Entlassung ein "zweites Depayin" erwarten - BA KAUNG

Nach ihrer Freilassung am 13. November wird die inhaftierte prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi durch das Land fahren, um ihre Anhänger zu mobilisieren und dabei die Möglichkeit eines ähnlichen Angriffs wie bei dem Massaker von Depayin ignorieren, sagen politische Kollegen. "Sie wird durch das Land reisen, um die Menschen zu erreichen, selbst wenn es zu einem zweiten Depayin kommen sollte", sagte Win Tin, einer der Führer von Suu Kyis National League of Democracy (NLD), die aufgelöst wurde, weil sie sich nicht als politische Partei hat registrieren lassen.

Win Tin verwies dabei auf den von der Junta orchestrierten tödlichen Überfall am Abend des 30. Mai 2003 auf Suu Kyi und ihren Konvoy in Depayin, Bezirk Sagaing, als sie sich auf einer politischen Tournee in dem Gebiet befand. Suu Kyi entkam dabei knapp mit dem Leben, mindesten 100 ihrer Anhänger wurden bei dem Angriff umgebracht. "Das politische Erwachen wird mächtig sein, wenn Daw Suu erst einmal freigelassen ist," sagte Win Tin. "Selbst während ihrer Haft hat sie Briefe ausserhalb ihres Grundstückes niedergelegt und uns politische Botschaften übermittelt."

Die Nobelpreisträgerin wird am 13. November, eine Woche nach den Wahlen, freigelassen werden, wenn dann die Zeit ihres 18monatigen Hausarrest abläuft, berichtete Agence France Press am Donnerstag, wobei ...

... sie burmesische Regierungsbeamte, die nicht namentlich genannt werden, zitierte.

Win Tin sagt, dass sobald sie freigelassen ist, er seitens des Regimes Einschränkungen für Suu Kyis Bewegungen erwartet. Er fuhr fort, dass sich die NLD zur Zeit konsolidiert und so vorbereitet, dass sie unter Suu Kyis Führung in der Zeit nach den Wahlen Massenaktivitäten durchführen kann.

"Wir haben jedoch keine Pläne, einen Massenaufstand zu provozieren," sagte er. "Wir sind dazu nicht in der Lage. Aber mit dem Ziel, einen Dialog mit dem Regime zu eröffnen, werden wir durch gewaltlose Aktivitäten Druck auf das Regime ausüben."

Währenddessen geht die politische Unterdrückung durch das burmesische Regime weiter, indem es in der vergangenen Woche eine Anzahl von Studenten inhaftierte, weil sie für einen Wahlboykott eingetreten sind. Am Donnerstag verurteilten die Gerichte 13 Menschen zu langen Gefängnisstrafen, unter der Anklage, Bombenanschlägen zu planen wie auch andere Aktivitäten zur Störung der Wahlen.

Trotz der Tatsache, dass einige Mitglieder der NLD die Partei verlassen haben, da sie glauben, dass die Wahl die Chance für einen langsamen demokratischen Wandel bietet, hat die Partei im ganzen Land Mitglieder, die sich zum harten Kern gehörig fühlen.

Zu ihnen gehört Khin Saw Htay, eine NLD-Führerin von Yenanchaung in Zentralburma. Sie sagte, dass sie entschlossen war, Suu Kyi den Rücken zu kehren, wenn diese nicht den Wahlboykott propagiert hätte.

"Daw Suu hat einst zu zivilem Ungehorsam gegen ungerechte Erlasse aufgerufen", sagte sie. "Jetzt muss sie zur Missachtung ungerechter Gesetze aufrufen".

The Irrawaddy -Newsletter for October 8, 2010
news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

The Irrawaddy, 8. Oktober 2010
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19678>

Oberstes Gericht wird die Verhandlung mit Suu Kyi aufnehmen

THE IRRAWADDY, 8. Oktober 2010

Burmas Oberster Gerichtshof teilte am Donnerstag in einer öffentlichen Bekanntmachung mit, dass es am 18. Oktober zur Verhandlung in der Berufung bezüglich des Hausarrests der inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi kommen wird.

Lt. Suu Kyis Anwalt, Nyan Win, besagte die Bekanntmachung, die beim Obersten Gerichtshof angeschlagen war, dass die Richter entscheiden werden, ob auf die "Sonderberufung" eingegangen wird.

Im Februar waren Nyan Wins Argumente gegen den Hausarrest Suu Kyis vom Obersten Gericht bereits verworfen worden, er legte jedoch eine weitere Berufung ein, auf die erst am Donnerstag geantwortet wurde.

Im August 2009 war der Hausarrest Suu Kyis unter der Anklage, gegen die Bedingungen ihres Hausarrest verstossen zu haben, um 18 Monate verlängert worden, da sie im Mai des Jahres dem uneingeladenen amerikanischen Eindringling John W. Yettaw kurz Unterkunft in ihrem Haus gewährt hatte. Es wird erwartet, dass sie freigelassen wird, wenn am 13. November, einige Tage nach den allgemeinen Wahlen in Burma, ihr Strafmass erfüllt ist.

"Wir haben aufgrund ihrer vollkommenen Unschuld Berufung eingelegt", sagte Nyan Win. "Die Tatsache, dass sie bald freigelassen werden soll, ist irrelevant. Aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein strafrechtliches Urteil handelt, müssen wir die juristische Schlacht weiterverfolgen."

Die Herausgabe einer öffentlichen Bekanntmachung des Obersten Gerichts erscheint Tage, nachdem Suu Kyi bei demselben Obersten Gericht in Rangoon gegen die Auflösung ihrer politischen Partei, der National League for Democracy (NLD) Berufung eingelegt hat. Diese war von der burmesischen Militärbrigade aufgelöst worden, weil sie sich wegen unfairer Wahlgesetze nicht für die Wahl am 7. November registrieren lassen.

Es bleibt ungewiss, ob das Oberste Gericht zur juristischen Anfechtung der inhaftierten Nobelpreisträgerin wegen des Status ihrer Partei Recht sprechen wird, aber das Regime hat bereits gewarnt, dass das Beharren der NLD, als politische Organisation handeln zu können, einen Verstoss gegen die bestehenden Gesetze darstellt.

THE BURMANET NEWS - October 13, 2010

Issue #4061, "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

The Mizzima, Mittwoch, den 13. Oktober 2010
<<http://www.mizzima.com/news/election-2010-4442-ethnic-leaders-join-nld-vote-boycott-roadshow.html>>

Ethnische Chefs schliessen sich der NLD in der Wahlboykott-Kampagne an - Myint Maung 13. Oktober 2010

Neudelhi (Mizzima) - Ethnische Chefs aus der Gruppe, in der sich ethnische politische Parteien zusammengeschlossen haben, die sich an der Wahl von 1990 beteiligten, haben sich der National League for Democracy in deren "keine Stimmabgabe"-Kampagne in den Wahlen, die für den 7. November geplant sind, angeschlossen.

Gestern brach die wichtigste Oppositionspartei NLD in Rangoon auf, um eine einwöchige organisatorische Roadshow durch den Kachin-Staat zu beginnen. Ihr schloss sich der Parteichef der Arakan League for Democracy (ALD) und Vertreter des Volksparlaments (People's Parliament - CRPP), Sekretär Aye Thar Aung an. Sie informierten die Mitglieder des NLD-Organisationskomitees, das sich aus Mitgliedern von 11 Townships im Bezirk Mandalay zusammensetzt, auf der Ebene der Townships, Stadtbezirke und Dörfer.

"Ich bin froh und ermutigt, mich zum ersten Mal nach Auflösung der NLD durch die Behörden mit Mitgliedern des Organisationskomitees aus Townships, Stadtbezirken und Dörfern zu treffen", sagte Aye Thar Aung.

Ohn Kyaing, Mitglied des Znetralkomitees der NLD, Phyu Phyu Thin, Hla Hla Moe, Aye Aye Mar, Mitglieder des Frauenflügels der NLD und Myo Nyunt und Aye Thar Aung, Mitglieder der Jugendgruppe der NLD trafen sich zum Meinungsaustausch über den Boykott der diesjährigen Wahlen mit Organisatoren der Städte Mogok, Singu, Mada ya, Thapeikkyin, Patheingyi, Tadoo, Amrapura, Singai und Pyinoolwin.

Der Vorsitzende des Zomi National Congress (ZMC) der ethnischen Minderheit und Chef des CRPP, Pu Cing Tsian Thang, schloss sich den NLD-Chefs auf einer Tour durch die ...

... südlichen Shan-Staaten an, ebenso bereiste Soe Win von der National Democracy Party zusammen mit NLD-Chefs den westlichen Landkreis von Pegu.

THE BURMANET NEWS - October 23 - 25, 2010

Issue #4069 - "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

The Independent, 25. Oktober 2010

<http://www.independent.co.uk/news/world/asia/the-faces-of-change-in-burma-2115655.html>

Die Gesichter des Wandels in Burma - Phoebe Kenned, Rangoon -

- Drei Frauen bieten der Junta die Stirn – indem sie sich an einer Wahl beteiligen, von der sie im Vorhinein wissen, dass sie nicht gewinnen können

Sie ist als die "Prinzessin" der burmesischen Politik beschrieben worden, aber für Cho Cho Kyaw Nyein, Tochter der Unabhängigkeitshelden, ist die Verfolgung des Traums von Demokratie ihres Vaters in Burma viel wichtiger als die Fallen ihres Elitestatus. "Ich habe all mein Gold und meinen Schmuck verkauft", sagt die 62jährige, die als eine Oppositionskandidatin an den Wahlen des 7. November teilnehmen wird, der ersten in 20 Jahren. "Alles, was ich mir für mein Alter oder medizinische Versorgung gespart habe, habe ich in diese Kampagne investiert".

Zusammen mit ihren Kindheitsgefährtinnen Mya Than Than Nu und Nay Ba Swe, ist Ms. Kyaw Nyein Sekretärin der demokratischen Oppositionspartei und hofft, 50 Kandidaten in der Wahl aufstellen zu können. Die sogenannten "drei Prinzessinnen" sind alle Töchter früherer burmesischer Minister, die während der kurzen Periode demokratischer Regierung, die auf die Unabhängigkeit von Grossbritannien in 1948 folgte, im Amt waren.

Trotz ihrer Herkunft haben die drei die gleichen finanziellen Härten, ständige Überwachung und Einschüchterungen erleiden müssen, denen alle Oppositionskandidaten ausgesetzt sind, um in einer Wahl zu kämpfen, von der sie wissen, dass sie nicht gewinnen können. Unser Ziel ist, sagt Ms. Kyaw Nyein, nach fast einen halben Jahrhundert der Militärrherrschaft unseren Stimmen zu Gehör zu verschaffen..

"Selbst wenn diese Wahl sehr ungerrecht ist, wollen wir mit den Menschen der Armee zusammen im Parlament sitzen. Wir werden nicht so viele sein wie sie, aber wir wollen unsere Stimme erheben, wenn dies nötig ist", sagte

Ms. Kyaw Nyein, die wie ihr Vater und auch ihre Mutter wegen ihrer regimekritischen Aktivitäten einige Jahre in Rangoons Insein-Gefängnis verbracht hat.

Sie befindet sich, gefolgt von einem Offizier des Geheimdienstes, seit Anfang September in einem ländlichen Wahlkreis in Zentralburma in der Wahlkampagne. "Ich komme in die entlegensten Gegenden entweder auf dem Motorrad, mit dem Fahrrad oder zu Fuss, um die Bedeutung der Wahl zu erklären und die Menschen dazu zu bringen, für uns ihre Stimme abzugeben," sagte sie.

Die Splitterbewegung der Opposition tritt gegen die Macht der die Junta stellvertretenden Partei, der Union Solidarity and Development Party (USDP) an, die reichlich von Exmilitärkandidaten, einschliesslich Premierminister Thein Sein, finanziert und ausgestaltet wird.

Die Partei hat neuen Mitgliedern und möglichen Wählern Lockmittel angeboten wie z.B. billigen Zugang für Handys und Geschenke wie Brillen, Sarongs, Lebensmittel und Bargeld. "Ich sage zu den Leuten: "Nehmt die Geschenke, aber wählt nicht diese lausigen Menschen", lacht Ms. Kyaw Nyein, eine energische Mutter von fünf erwachsenen Kindern und drei adoptierten Teenagern.

Die Wahlgesetze, die von dem Regime entworfen wurden, erlaubten Parlamentskandidaten gerade einmal bis zu zwei Wochen, um die für die Registrierung notwendigen £325 aufzubringen, für den Westen eine geringe Summe, die in Burma aber ein jährliches Durchschnittseinkommen ausmacht. In einigen Grenzbezirken, in denen Aufständische die Regierung bekämpfen, und wo erwartet wurde, dass die Opposition bleiben könnte, hat das Regime die Wahl gänzlich gestrichen.

Die vielen Ungerechtigkeiten haben sich als zu stark für Burmas bedeutendste Oppositionspartei, die National League for Democracy (NLD) erwiesen, die von der Ikone der Demokratie, Aung San Suu Kyi angeführt wird. Von ihrem Haus in Rangoon aus, wo sie unter Arrest gehalten wird, hat Ms. Suu Kyi die National League for Democracy (NLD) zum Boykott gegen die Wahl am 7. November aufgerufen mit der Begründung, dass der Prozess unfair und undemokratisch sei. Das Ergebnis war, dass die Partei., die in den letzten Wahlen von 1990 einen überwältigenden Sieg davontrug - den die Generäle

ignorierten - von den Behörden aufgelöst wurde.

Um jedoch das Bild für die Wähler zu verwirren, haben abtrünnige Mitglieder der NLD eine Splitterpartei gegründet, um an der Wahl teilzunehmen. Ihr sind jüngere politische Hoffnungsvolle beigetreten, die sich, nachdem sie die Erfolglosigkeit der burmesischen "Safran-Revolution" von 2007 miterleben mussten, wegen des Versagens der Oppositionspartei, die jahrelange autokratische Regierung zu durchbrechen, frustriert fühlten

"Wir respektieren die Entscheidung Aung San Suu Kyis, denken aber, dass sie falsch ist", sagt der 38jährige Myat Nyarna Soe, Bezirkssekretär der neugegründeten National Democratic Force (NDF) in Rangoon. "Wie können wir verhandeln, wenn wir schweigen? Ich möchte ins Parlament und die Regierung davon überzeugen, dass sie sich zum Wohle des Volkes ändern muss".

Arzt und ehemaliger Beamter im Gesundheitsministerium, ging Dr. Nyarna Soe erst dieses Jahr in die Politik. "Die Dinge wurden nicht besser, deshalb entschied ich mich, den Dienst in der Regierung aufzugeben. Ich konnte nicht länger hinter dem Vorhang bleiben".

Die Ambitionen der NDF für die Wahlkampagne sind begrenzt: sie planen Flugblätter und Plakate zu drucken, die von den Parteimitgliedern bezahlt werden, die ihre Autos und Häuser verkauft haben, um ihr Anliegen zu unterstützen. Die Partei wird bei weitem die grösste unter den Oppositionsgruppen sein, indem sie 163 Kandidaten aufstellt. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich die USDP fast alle 498 zivilen Sitze in den zwei Kammern des nationalen Parlamentes erkämpft. Weitere 166 Sitze sind für nichtgewählte Militäroffiziere reserviert.

Dr. Nyarna Soe nimmt an, dass diesmal keine Notwendigkeit besteht, die Wahlergebnisse zu fälschen. "Es besteht ein Unterschied hinsichtlich Personal, Geld, ja allem. Es ist ein Wettstreit zwischen ihnen und uns, und sie haben bereits gewonnen", sagte er. "Aber wir glaube, dass dies der einzige Ausweg für uns ist. Sollte es einen anderen geben, dann lasst es mich bitte wissen".

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com>,

[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]
News & Articles on Burma, 13.10.2010 15:36:58

The Irrawaddy, 13. Oktober 2010

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19722>

USDP stellt Voraus- stimmenabgabe sicher - KO HTWE

Lt. einem städtischen Beamten der USDP diskutiert die Union Solidarity and Development Party (USDP) 5 Möglichkeiten, um von Regierungspersonal, Soldaten und Junta-gestützten Zivilorganisationen die Stimmen vor der Wahl zu bekommen und so den Sieg in den anstehenden Wahlen sichern zu wollen.

Der Befehl zur Vorausstimmabgabe kam am Montag aus dem Hauptquartier der Partei nach einer Konferenz der Gemeindevorsteher und Leiter der Stadtviertel in Rangoon.

"Wir besprachen die Möglichkeiten, um im Voraus die Stimmen von 30 Zivilgesellschaften in Rangoon zu erhalten," sagte ein Funktionär der USDP aus Alone, Rangoon, am Mittwoch, mit der Bitte nicht genannt zu werden.

Die Konferenz fokussierte 5 Möglichkeiten wie u.a. vor der Wahl Stimmen von Erwachsenen, den über Fünfzigjährigen und dem Personal der Behörden, die die Partei unterstützen, zu erhalten sind. Sie diskutierten auch die Zusammenarbeit mit den Beamten der Stadtbezirke und Wahlunterausschüsse, um Stimmen für die Kandidaten der USDP einzusammeln.

Stimmen sollten auch von Familien in Gebieten, in denen die Strassen durch die Union and Development Association (USDA), der Vorläuferin der USDP, befestigt wurden, gesucht werden.

Schliesslich enthält der Befehl die Anweisung, Stimmen bei Familien, die Mitglied von regierungsgestützten Zivilorganisationen sind, zu sammeln, wie die Myanmar Maternal and Child Welfare Association (Mutter- und Kind Wohlfahrtsverband), die Myanmar Women's Affairs Federation (Myanmar Bund für Frauenangelegenheiten), die Myanmar Red Cross Society (Myanmar Rote Kreuz-Gesellschaft), die Myanmar Feuerwehrbrigade und andere, von der Regierung gesponserten Gruppen.

Die Junta hat all diese Zivilorganisation aufgebaut, um eine starke zivile Unterstützung für die Regierung zu haben. Die meisten Frauen der Junta-Chefs sind Schirmherrinnen oder arbeiten aktiv in der Leitung dieser Organisationen mit.

Inzwischen hat die Bezirksverwaltung zu Beginn des Monats Listen für den Tamway Stadtbezirk, Rangoon, eingesammelt, diese Dokumente jedoch nicht an die Familien zurückgegeben, sagte ein ebenfalls dort ansässiger Bewohner.

"Die USDP hat in unserer Strasse eine Gemeindeorganisation gegründet und begonnen, die Strassen zu befestigen, dann stellten sie die Arbeiten ein und forderten vom Leiter der Organisation mindestens 100 Mitgliedsunterschriften für die Partei, falls die Arbeit weitergeführt werden sollte," sagte ein Bewohner von Tamway, der nicht namentlich genannt sein möchte.

Den lokalen Behörden zufolge übt die Junta Druck auf die Bevölkerung aus, für die USDP zu stimmen, aber die für die Junta stehende Partei hat eine anrüchige Reputation in der Öffentlichkeit.

Die USDP hat ihren Ursprung in der USDA, die 1993 gegründet wurde. Seniorgeneral Than Shwe war ihr Schirmherr, und die meisten der Junta-Chefs spielten dort eine wichtige Rolle. Im April wurde die USDA in die USDP überführt, die alle Vermögenswerte der ehemaligen Massenorganisation erbt.

USDA-Mitglieder waren in den tödlichen Angriff im Mai 2003 auf den Konvoy der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi in der Nähe von Depayin verwickelt, wie auch in der brutalen Niederwerfung der Mönche und Demonstranten im September 2007.

helga yan <helga.yan@web.de>

The Irrawaddy - 20. Oktober 2010 -

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=19779>

Einer Quelle zufolge wurden zukünftige Minister bereits bestimmt

BA KAUNG

Wie berichtet wird, hat das burmesische Regime bereits unter ehemaligen

hochrangigen Offizieren einige der zukünftigen Minister der regionalen und staatlichen Regierungen, die nach der Wahl vom 7. November gebildet werden sollen, ausgewählt.

Die Quellen geben an, dass alle im Ruhestand lebenden Offiziere Kandidaten der Union Solidarity and Development Party (USDP) sind, die das Mandat der Junta hat.

Lt. der Quelle soll Myint Swe, ehemaliger Chef des Büros für Sondereinsätze erster Minister der Bezirksregierung Rangoon werden (früher Rangoon Bereichsregierung), während der gleiche Posten in der Region Mandalay, Tensasserim, Sagaing und im Mon-Staat jeweils für Ex-Generalleutnant Ye Myint, Ex-Generalleutnant Khin Zaw, Ex-Generalleutnant Thar Aye und Ex-Generalmajor Aye Myint reserviert sind.

Alle sind ehemalige Militärkommandeure der jeweiligen Landkreise und Länder.

In Übereinstimmung mit der von der Junta entworfenen Verfassung von 2008 sind für das Land auf nationaler Ebene wie auch in den regionalen Parlamenten jeweils zwei Kammern in allen sieben Staaten und sieben Regionen vorgesehen. Der Präsident der Nationalregierung kann gewählte Kandidaten für den Posten des ersten Ministers der staatlichen wie auch regionalen Ministerien ernennen.

Während sieben Regionen vor allem eine birmanische Bevölkerung haben, lebt in sieben anderen Staaten vor allem eine ethnische Mehrheit.

Da erwartet wird, dass die Regierungen der Staaten mit ethnischer Bevölkerung eine ethnische Repräsentation haben werden, wurden einige der Chefministerposten für ehemalige Militäroffiziere mit ethnischem Hintergrund reserviert.

Es wird vermutet, dass der pensionierte Oberst Kyaw Zan Hla aus Arakan und Kandidat der USDP für den Parlamentssitz im westlichen burmesischen Staat Arakan Ministerpräsident der Regierung des Staates Arakan wird.

Einige Mitglieder der Oppositionsparteien, die an den Wahlen teilnehmen, sagen, dass diese Mitteilung sie nicht überrascht, da sie seit Verkündung der Wahlgesetze ähnliche Formen der Unredlichkeit erfahren haben.

"Wir wissen, dass die Regierung ..."

... alles für die Zeit nach der Wahl vorbereitet hat, aber wir sind nicht frustriert", sagte Nay Yee Ba Swe, einer der Führer der Demokratischen Partei (Myanmar) in Rangoon. "Wir werden versuchen, uns allen Hindernissen zu stellen".

Zin Linn <zinlinn@cscs.com>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on BurmaDatum:Thu, 28. Oct 2010
<http://www.irissexaminer.com/breakws/world/burmas-top-general-will-n>

Burmas oberster General "wird nicht in der Wahl kandidieren"

den 28. Oktober 2010 -

Burmas oberster General, Than Shwe, wird sich von der nationalen Wahl, die nächsten Monat stattfinden wird, zurückziehen, aber die Rolle, die er in der politischen Landespolitik spielen wird, bleibt ungewiss, berichtete ein süd-ostasiatischer Diplomat heute.

Der Diplomat, der am Rande des asiatischen Gipfels in Vietnam sprach und der ungenannt bleiben möchte, berichtete, dass der burmesische Aussenminister Nyan Win seinen Amtskollegen mitgeteilt hätte, dass der langjährige Chef des vom Militär regierten Landes am 7. November in der ersten Wahl innerhalb von 20 Jahren nicht zur Wahl stehen wird.

"Er will sich von der Bühne zurückziehen", sagte der Diplomat und zitierte damit einen burmesischen Funktionär, der während eines informellen Dinners, das für die Vertreter des Gipfels der Association of South-East Nations gegeben wurde, diese Mitteilung machte.

"Er wird nicht für die kommenden Wahlen kandidieren".

Dies war das erste Mal, dass die öffentlichkeitsscheue Regierung bestätigte, dass Than Shwe sich nicht an der nationalen Wahl beteiligen wird. Dies war jedoch schon vorher vermutet worden, da sein Name nicht auf der Wahl-liste erschien.

Than Shwe hat niemals über seine Zukunft gesprochen und kein Funktionär hat jemals seinen Ruhestand ins Gespräch gebracht noch die Möglichkeit, dass er sich an der Wahl beteiligen wird.

Es wird weitgehend erwartet, dass er anschließend eine neue Rolle mit neuem Titel übernehmen wird.

Das öffentlichkeitsscheue Burma zeigte sich bei der Asiatischen Konferenz in Hanoi mit einem neuen Gesicht, indem es vor weniger als zwei Wochen vor der langerwarteten Wahl eine umgestaltete Flagge und einen neuen Namen enthüllte. Viele befürchten jedoch, dass es sich bei der Veränderung nur um eine Fassade handelt, um eine Wahl zu maskieren, von der bereits jetzt behauptet wird, dass sie ein Schwindel sei.

Es wird von der Wahl erwartet, dass sie einen grossen Schritt nach vorn auf der Road-map zur Demokratie nach fünf Jahrzehnten Militärregierung bedeutet.

Aber Kritiker sagen, dass die Junta bereits Schritte unternommen hat, um Transparenz zu blockieren und sicherzustellen, dass das Militär an der Macht bleiben wird, indem es die Oppositionsparteien im Lande unterdrückt und ihren Wahlkampf einschränkt.

Es wird ebenfalls erwartet, dass Aung San Suu Kyi, die in 15 vom 21 Jahren inhaftiert war oder unter Hausarrest stand, am 13. November, gerade sechs Tage nach der Wahl, freigelassen wird.

Der philippinische Aussenminister sagte, dass ihr Schicksal immer noch ungewiss sei.

"Wir haben ihn alle gedrängt, Aung San Suu Kyi freizulassen, er blieb jedoch zurückhaltend," sagte er und fügte hinzu, dass der Aussenminister zustimmte, dass die Landesgesetze eingehalten werden.

"Ich bin da skeptisch," sagte Mr. Romulo zu dem Aussenminister. "Sie wurde verurteilt und danach nochmals aus einem anderen Grund verurteilt, da ist kein Ende abzusehen".

Die Partei von Ms. Suu Kyi boykottiert die Wahl als undemokratisch, die, obwohl sie 1990 einen erdrutschartigen Sieg davontrug, von der Militärführung missachtet wurde.

Damit verbleibt die von der Junta unterstüzte Hauptpartei der einzige starke Bewerber, der den anstehenden Wettstreit gewinnen wird.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon warnte heute die burmesische Junta davor, dass im Falle, sie die politischen Häftlinge nicht freilassen würde, die Wahl nicht als legitim oder glaubwürdig angesehen werden könnte.

Mr. Ban sagte, dass die Freilassung der mehr als 2000 politischen Häftlinge dazu beitragen könnte, dass "für die Wahrnehmung diese Wahl inklusiver erscheint".

Er gestand ein, dass die politischen Häftlinge "nicht in der Lage sein werden, an der Wahl teilzunehmen. Aber es würde zu einer günstigeren politischen Atmosphäre beitragen und diese Wahrnehmung in einem besseren Licht zeigen".

"Aber ohne die Freilassung der politischen Gefangenen wird sicherlich die Frage nach der Legitimität oder Glaubwürdigkeit aufkommen", sagte er in einem Interview vor seinen bilateralen Gesprächen mit Burmas Premierminister General Thein Sein diese Woche in Hanoi.

Dies ist das äusserste an Kritik Mr. Bans, zu der Mr. Ban sich bewegen liess, nachdem er wiederholt in einem diplomatischen Ton die Junta aufgefordert hatte die Wahlen umfassender, fair und glaubwürdig zu machen.

Aber selbst seine jüngsten Kommentare wurden durch die Hoffnung gemildert, dass die Junta alle überraschen könnte, indem sie der prodemokratischen Bewegung in einem Land, das sich seit 1962 unter einer Militärdiktatur befindet, einige Konzessionen machen würde.

~~~~~